



Präambel

Wir GRÜNE wollen ein Breuberg, das sich den Herausforderungen des Klimawandels, des demografischen Wandels und wachsender sozialer Ungleichheit aktiv stellt. Dafür muss die Stadt ihr Handeln konsequent an den Zielen der Agenda 2030 ausrichten. Breuberg soll zeigen, wie nachhaltige Entwicklung vor Ort praktisch gelingt – als Vorbild für ökologische Verantwortung, soziale Gerechtigkeit und eine lebenswerte Zukunft für alle Generationen.

Inhaltsverzeichnis

1. Bildung, Teilhabe und eine starke Gemeinschaft für Breuberg	S. 2
2. Nachhaltigkeit stärken – Umwelt schützen, Ressourcen bewahren	S. 2
3. Klimaschutz und Klimaanpassung	S. 3
a. Energiewende vor Ort	S. 4
4. Finanzen	S. 5
5. Stadtentwicklung und Mobilität	S. 6
a. Angemessene Geschwindigkeiten	S. 7
6. Schlusswort	S. 8

1. Bildung, Teilhabe und eine starke Gemeinschaft für Breuberg

Breuberg verfügt über eine gut ausgebaute Bildungs- und Betreuungslandschaft: von Kinderkrippe, mehreren Kindergärten und einer Kindertagesstätte über zwei Grundschulen bis hin zur integrierten Gesamtschule. Ergänzt wird dieses Angebot durch ein aktives Jugendzentrum, vielfältige Spiel- und Sportanlagen sowie ein solarbeheiztes Freibad. Mehr als 80 Vereine prägen das kulturelle und soziale Leben der Stadt und bieten ein beeindruckend breites Spektrum an Aktivitäten – von Sport über Musik bis hin zu Natur- und Kulturprojekten. Dieses **Engagement der Bürgerinnen und Bürger** ist ein zentraler Pfeiler unseres gesellschaftlichen Lebens – wir wollen es noch stärker unterstützen und das kulturelle wie soziale Miteinander weiter fördern.

Für Jugendliche wollen wir mehr Räume für Begegnung, Mitgestaltung und persönliche Entwicklung schaffen – etwa durch zusätzliche Jugendtreffs, attraktive Ferienprogramme und eine stärkere Beteiligung junger Menschen an kommunalen Entscheidungen, zum Beispiel durch einen **Jugendbeirat**. Zudem soll Breuberg dem Programm „**Kinderfreundliche Kommunen**“ beitreten, das vom Deutschen Kinderhilfswerk und dem Verein „Kinderfreundliche Kommunen e. V.“ initiiert wurde. Das damit verbundene Siegel ist ein attraktiver Standortfaktor und zeigt: Breuberg nimmt die Anliegen der jungen Generation ernst.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, der **Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt** mehr Gewicht zu geben. Breuberg soll dazu aktiv Maßnahmen ergreifen und die Stadtgesellschaft im Rahmen der „Orange the World“-Kampagne für das Thema sensibilisieren.

Um Breuberg zukunftsorientiert zu stärken, wollen wir **Bildung für nachhaltige Entwicklung** systematischer fördern. Außerschulische Lernorte wie Volkshochschule, regionale Initiativen und Projekte sollen ausgebaut und besser miteinander vernetzt werden. Wir setzen uns für zusätzliche Angebote für benachteiligte Kinder und Jugendliche ein, für integrative Projekte für Menschen mit Migrationsgeschichte, für den Ausbau inklusiver Strukturen in Kitas und Schulen sowie für politische und kulturelle Bildung, die allen Altersgruppen offensteht.

2. Nachhaltigkeit stärken – Umwelt schützen, Ressourcen bewahren

Nachhaltigkeit muss in allen Bereichen kommunalen Handelns fest verankert werden. Breuberg nutzt bereits kompostierbares Einweggeschirr bei städtischen Veranstaltungen. Nun gilt es, die nachhaltige Beschaffung weiter zu professionalisieren: durch klar definierte interne Prozesse und die verbindliche Nutzung von Holzprodukten aus PEFC-zertifizierten Quellen. Auf diese Weise stärken wir Ressourcen- und Umweltschutz im täglichen Verwaltungshandeln.

Der Breuburger Stadtwald wird im Zeitraum 2021 bis 2031 auf Grundlage eines langfristigen Konzeptes zu einem klimastabilen Dauerwald entwickelt. Dazu gehören eine Reduzierung des Holzeinschlags, die Förderung heimischer Baumarten und eine nachhaltige Bewirtschaftung nach PEFC-Standards. Mit dem **Bürgerwald** hat Breuberg zudem ein Angebot geschaffen, das die Bevölkerung aktiv einbindet – durch Pflanzaktionen, Kooperationen mit Schulen und weitere Naturerlebnisse. Das Waldforum, das seit 2017 besteht und 2021 bestätigt wurde, trägt durch Bildungsangebote und Informationsarbeit wesentlich zum Verständnis unserer Waldentwicklung bei. Waldspaziergänge und der alle zwei Jahre stattfindende „Tag des Waldes“ sollen fortgeführt werden. Um diese umfassenden Aufgaben bewältigen zu können, müssen die personellen Ressourcen dringend erweitert werden.

Der Schutz von Umwelt und Natur gewinnt weiter an Bedeutung. Wir wollen die Artenvielfalt erhalten und Lebensräume schützen sowie dort erweitern, wo es möglich ist. Maßnahmen wie der Erhalt von Wegrandstreifen oder die Anlage von Wildwiesen im öffentlichen Grün leisten einen wichtigen Beitrag zum Insektenschutz. Einige solcher Wildwiesen werden bereits heute engagiert von Anwohnerinnen und Anwohnern gepflegt – diese Eigeninitiative möchten wir ausdrücklich fördern. Ein gemeinsames Projekt wie der „Sternenpark Odenwald“ könnte zudem helfen, Lichtverschmutzung zu reduzieren und das Bewusstsein für den Wert natürlicher Dunkelheit zu stärken.

3 Als **Fairtrade-Stadt** engagiert sich Breuberg bereits für fairen Handel und nachhaltigen Konsum. Dieses Engagement wollen wir weiter ausbauen, etwa durch zusätzliche Bildungs- und Informationsangebote. Darüber hinaus streben wir eine Partnerschaft mit einer Kommune im globalen Süden an, um internationale Verantwortung erlebbar zu machen und faire Beschaffung noch stärker in Verwaltungsprozessen zu verankern.

Nachhaltiges Wirtschaften gewinnt ebenfalls an Bedeutung. Auch wenn ein früheres Coworking-Projekt nicht realisiert werden konnte, bieten bestehende Leerstände weiterhin Potenzial. Neue Ideen wie ein Stadtteilcafé oder ein Stadtteilladen können lokale Wertschöpfung fördern und soziale Treffpunkte schaffen. Die Stärkung regionaler Direktvermarktung ist ein weiterer Schritt hin zu einer ökologisch wie ökonomisch nachhaltigen Stadtentwicklung.

3. Klimaschutz und Klimaanpassung

Breuberg hat sich im Rahmen des Netzwerks „**Hessen aktiv – Die Klima-Kommunen**“ verpflichtet, bis 2045 klimaneutral zu werden. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen Energieverbrauch und Treibhausgasemissionen regelmäßig erfasst und ein kontinuierlich aktualisierter Klimaschutz- und Klimaanpassungsplan umgesetzt werden. Ebenso sind jährliche Berichte an das Land Hessen vorgesehen. Da der bisherige Klimaschutzaktionsplan aus dem Jahr 2012 stammt, ist eine umfassende Aktualisierung

zwingend notwendig. Der bereits 2022 gefasste Beschluss zur Einstellung einer Klimaschutzmanagerin bzw. eines Klimaschutzmanagers muss endlich umgesetzt werden, um Klimaschutzmaßnahmen wirksam zu koordinieren.

a. Energiewende vor Ort

Für **Solaranlagen auf Freiflächen** gibt es – anders als bei Windkraft – keine landesweit von der Regionalplanung ausgewiesenen Vorrangflächen (In Hessen 1,9 Prozent der Landesfläche). Bei Solarprojekten erfolgt die Steuerung über Bebauungspläne der Kommunen.

Seit dem Solarpaket 2024 können sogenannte *benachteiligte landwirtschaftliche Flächen* bundesweit für Freiflächen-Solaranlagen genutzt werden, sofern keine **Schutzgebiete** betroffen sind. Ausgeschlossen sind insbesondere Naturschutzgebiete, Nationalparke, Biosphärenreservate, Natura-2000-Gebiete (FFH- und Vogelschutzgebiete), gesetzlich geschützte Biotop sowie Wasserschutzgebiete in den besonders empfindlichen Zonen. Für die Umsetzung ist weiterhin ein Bebauungsplan der Gemeinde erforderlich

Ein Blick auf das **Wattbewerb-Kreis-Dashboard** zeigt jedoch: **Breuberg liegt beim Zuwachs der PV-Leistung pro Einwohner mit 332,71 W_p/Ew im Odenwaldkreis auf dem letzten Platz.** Diese Daten stammen aus dem **Marktstammdatenregister** der Bundesnetzagentur, das alle PV-Anlagen in Deutschland erfasst.

4

Die **Photovoltaik-Satzung** der Stadt verpflichtet Betreiber großer Parkflächen bereits dazu, Solaranlagen zu installieren. Wir GRÜNE möchten, dass diese Regelung **konsequent umgesetzt** wird. Außerdem schlagen wir eine **SolarOffensive für Breuberg** vor. Dabei sollten **prioritär Dachflächen** und bereits **versiegelte Flächen** genutzt werden – zum Beispiel Konversionsflächen, Parkplätze oder Verkehrsflächen.

Das **Land Hessen** unterstützt den PV-Dachausbau mit verschiedenen Angeboten. Trotzdem reicht der Ausbau auf Dächern und versiegelten Flächen allein **nicht aus**, um die energiepolitischen Ziele zu erreichen. **Das Hessische Energiegesetz** formuliert das Ziel, **ein Prozent der Landesfläche für Photovoltaik zu nutzen, mit bis zu 50 Prozent – ca. 10.000 ha – auf Freiflächen.**

Freiflächen-Solarparks haben wichtige Vorteile:

- Die **Stromgestehungskosten** sind etwa **halb so hoch** wie bei kleinen Dachanlagen.
- Auf derselben Fläche erzeugen sie **30- bis 50-mal mehr Energie** als Energiepflanzen.

Freiflächen-PV ist deshalb eine **wertvolle Ergänzung** zum Dachausbau. Gleichzeitig sollten solche Anlagen **immer** mit **Naturschutzmaßnahmen** kombiniert werden – etwa Beweidung, Stein- und Totholzhaufen, Nistkästen, Lerchenfenster, Bienenvölker,

regionales Saatgut oder **Agri-PV**, bei der Landwirtschaft und Stromerzeugung gleichzeitig möglich sind.

Darüber hinaus sehen wir die Energiewende nicht nur als technische, sondern vor allem als **gesellschaftliche Aufgabe**. **Bürgerbeteiligung** ist entscheidend für **Akzeptanz**- ohne sie wird die Energiewende nicht gelingen! Daher setzen wir uns für **frühzeitige Information und aktive Einbeziehung**, sowie für **genossenschaftliche Modelle** ein, bei denen Bürgerinnen und Bürger finanziell von der Energiewende profitieren können.

Flankiert werden soll die SolarOffensive durch die Teilnahme Breubergs am **Wattbewerb**. Dadurch kann die Stadt von den Erfahrungen des Netzwerks, den Unterstützungsangeboten sowie dem Austausch mit rund 500 anderen Kommunen profitieren.

4. Finanzen

Aus dem Sondervermögen des Bundes für Infrastruktur stehen erhebliche Mittel für die Länder bereit – auch Hessen wird hiervon profitieren. Wir schließen uns der Forderung der GRÜNEN Landtagsfraktion an, dass ein großer Anteil dieser Gelder – 80 Prozent – direkt an die Städte und Gemeinden weitergeleitet werden muss.

Darüber hinaus braucht es **eine dauerhaft verlässliche und bessere Grundfinanzierung durch das Land**. Zur kurzfristigen Entlastung sollen die Kommunen in den Jahren 2026 und 2027 jeweils mindestens 5 Prozent mehr Mittel erhalten als im Vorjahr – so wie es die GRÜNE Landtagsfraktion in ihrem „**Zukunftspakt für hessische Kommunen**“ fordert. Ebenso fordern wir – wie im „GRÜNEN Zukunftspakt“ vorgesehen – eine jährliche Erhöhung der Betriebskostenzuschüsse des Landes für Kitas um 2,5 Prozent. Auch die zusätzlichen 300 Millionen Euro, die Hessen im Rahmen der Bund-Länder-Einigung für Investitionen in Bildung erhält, müssen vollständig an die Kommunen weitergeleitet werden.

Für die Zukunft brauchen wir aber auch in Breuberg eine klare Vorstellung, wie wir die **finanzielle Stabilität** langfristig sichern können. Immer mehr Haushalte – ob kommunal, staatlich oder privatwirtschaftlich – richten ihre Budgets nach **ESG-Kriterien** aus. Diese Kriterien fördern eine nachhaltige, soziale und verantwortungsvolle Mittelverwendung.

Environmental (Umwelt): Maßnahmen für Klimaschutz, Energieeffizienz, weniger CO₂ und einen verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen.

Social (Soziale): Ausgaben, die Bildung, Teilhabe, gute Arbeitsbedingungen, Gesundheit und die Unterstützung benachteiligter Gruppen stärken.

Governance (gute Steuerung): Eine transparente und verantwortungsvolle Haushaltsführung mit klaren Entscheidungen, nachvollziehbarer Mittelverwendung und messbaren Zielen.

Entscheidungen dürfen nicht nur kurzfristige Engpässe lösen – sie müssen sich an langfristigen Zielen orientieren und ökologische, soziale und wirtschaftliche Aspekte sinnvoll verbinden.

5. Stadtentwicklung und Mobilität

Breuberg hat im vergangenen Jahr erste Schritte zur Entwicklung eines **integrierten Stadtentwicklungskonzepts (ISEK)** gemacht – ein Vorhaben, das wir ausdrücklich unterstützen. Die Stadt braucht einen klaren, ganzheitlichen Plan für ihre zukünftige Entwicklung. Moderne ISEK-Konzepte berücksichtigen zwar weiterhin den Autoverkehr, stellen ihn aber nicht mehr in den Mittelpunkt. Unser Ziel ist eine **mobilitätsfreundliche Stadt für alle**, bei der unterschiedliche Bedürfnisse gut aufeinander abgestimmt werden.

Ein zentraler Baustein ist ein **starker Radverkehr**, der als wichtiger Teil der gesamtstädtischen Planung verankert wird. Wir möchten den Umstieg vom Auto aufs Fahrrad im Alltag erleichtern: Durch sichere, durchgängige und komfortable Wege. Besonders wichtig ist uns die **Sicherheit der Kinder auf dem Schulweg**. Die Stadt sollte prüfen, welche konkreten Maßnahmen notwendig sind, um sichere Wege zu Fuß und mit dem Rad zu gewährleisten.

Auch ein konsequentes Vorgehen gegen **Falschparken** ist notwendig, um Fuß- und Radverkehr zu schützen. Digitale Meldesysteme, wie sie andere Städte bereits erfolgreich nutzen, könnten auch in Breuberg geprüft werden. Klare Markierungen und begleitende **Öffentlichkeitsarbeit** trägt zusätzlich dazu bei, Rücksichtnahme und Verkehrssicherheit zu fördern. Aufklärung über Gefahren wie das „Dooring“ bleibt dabei ein wichtiger Bestandteil.

Zum Radverkehr gehört auch der Ausbau sicherer **Fahrradabstellanlagen** – ein Bereich, in dem Breuberg deutlich nachbessern muss. Gleichzeitig ist die Verkehrswende nur mit einem weiteren Ausbau der **Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge** und der konsequenten Umsetzung des **Radwegekonzepts des Odenwaldkreises** zu schaffen.

a. Angemessene Geschwindigkeiten

2024 trat die Reform des Straßenverkehrsgesetzes (StVG) und die Anpassung der StVO in Kraft. Seitdem können Kommunen neben der Verkehrssicherheit auch Klima-, Gesundheits- und städtebauliche Ziele berücksichtigen. **Tempo 30** kann nun leichter an sensiblen Orten wie Schulen, Kitas oder Krankenhäusern angeordnet werden – auch auf Bundes-, Landes- und Kreisstraßen. Die Reform wurde von der Ampelkoalition vorangetrieben, besonders durch die GRÜNEN.

Auf dieser Grundlage konnte in der **Ortsdurchfahrt Hainstadt (B 426)** das nächtliche Tempolimit von 30 km/h auf den **ganzen Tag** ausgeweitet werden.



Die Initiative „**Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten**“, der auch Breuberg angehörte, hat ihr aktives Engagement inzwischen beendet, da ihre zentralen Forderungen mit der Reform erfüllt wurden.

Nun liegt die Umsetzung des neuen Rechtsrahmens vollständig in den Händen der Kommunen. Sie sind gefordert, den erweiterten Handlungsspielraum zu nutzen – für **mehr Sicherheit, mehr Klimaschutz** und **lebenswertere Städte**. Darauf werden wir GRÜNE Breuberg unseren besonderen Fokus legen.



Schlusswort

Herausforderungen und Ziele für die Zukunft

Breuberg hat bereits wichtige Schritte zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele unternommen. Dennoch bestehen eine Reihe von Herausforderungen, darunter eine geringe Bürgerbeteiligung, die Abhängigkeit von Fördermitteln, Verzögerungen beim Ausbau erneuerbarer Energien sowie der Bedarf an weiteren inklusiven Angeboten. Wir GRÜNE wollen diese Herausforderungen aktiv annehmen und die Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt weiterentwickeln. Unser Anspruch ist es, ökonomische, ökologische und soziale Ziele zusammenzuführen, Breuberg als attraktiven Wohnort zu stärken und sicherzustellen, dass nachhaltige Entwicklung zur gelebten Realität wird.